

Die Zensurfrage im Reichstag.

Man hat dem alten, ehrlichen Reichstag in diesen Tagen viel abzubitten. Sein Sündenregister aus dem Frieden ist groß, und nur allzu oft haben gerade die Besten sich ihre Gedanken gemacht, ob wir ohne die große Blutschmiede als den Hort parteimäßiger Kompromißversuchung an sich schon nicht gerade überwältigender gesetzgeberischer Gedanken nicht am Ende doch besser fahren würden. Nun aber zeigt sich, daß er, genau so, wie er ist, doch recht gut ist, daß er sich auf besondere Zeiten automatisch einstellt, und daß er dann seiner Hauptaufgabe, der Stimme der Nation in Augenblicken der Entscheidung zu ihrem Recht zu verhelfen, immerhin gerecht wird.

Zu Betrachtungen dieser Art lag während der gestrigen Fortsetzung der Beratung über die Zensuranträge allerlei Veranlassung vor. So als Hirsch-Essen dem ganzen Grimm und der Entrüstung Ausdruck gibt, der uns allen dem biedereren Menschenfreund jenseits des großen Teichs gegenüber auf der Seele brennt. Oder als Vertel es ausspricht, daß wir, bei aller heißen Sehnsucht nach dem Ende des Krieges, für einen faulen, vorzeitigen Frieden unter allen Umständen danken. Der Ton ist echt; es ist etwas anderes und anders zu werten, als die geschwollenen, verlogenen Phrasen, die von Rom, Paris und London zu uns herüberfliegen. So und nicht anders denkt die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes!

Die Verhandlungen zeigen von vornherein ganz anderen Schwung als tags vorher. Die beiden Hauptredner aus dem Hause, eben Vertel und Hirsch, geraten mit beträchtlicher Wucht über die verantwortlichen Stellen des Reichs und ihr Bemühen, der Nation in einer Zeit, die offenbar über ihre Zukunft auf Jahrhunderte hinaus entschwebt, das Recht vorzuenthalten, ihre Forderungen denen, die es angeht, rechtzeitig und mit dem nötigen Nachdruck auf den Weg zu geben. Es sind Männer, parteipolitisch bisher auch den Regierenden gewiß unerbürdlicher Herkunft. Es ist ein ganz außerordentliches Ereignis, wenn die äußerste Rechte des Deutschen Reichstags den Antrag stellt, dem Kanzler eine Eingabe mit der Forderung der Berücksichtigung zu überweisen, deren Unterzeichnung die Häftstrafe eben dieses Kanzlers sozusagen mit politischer Brachialgewalt zu verhindern gesucht haben. Oder wenn ein „Pflaumenweicher“ nationalliberaler Abgeordneter sich zu der Anfrage erhebt, daß man weder im Inland, noch im Ausland ein wichtiges Kampfmittel, nämlich die Presse, so einzusetzen gewohnt habe, wie es den Interessen der Nation in schwerer Krisis entsprochen hätte.

Uebrigens fehlt es in den Verhandlungen nicht an Momenten der Heiterkeit, ja der Komik. Allerdings hat diese Komik einen grimmigen Beigeschmack. Man hört die interessante Tatsache, daß bei Vertels nach verbotenen Schriften gehaust worden ist, und daß es heute eigentlich zu dem Gesamtbild eines anständigen Menschen gehöre, irgendwelchen Behelligungen durch Briefsperrung usw. zu unterliegen. Der Bundespräsident verliest durch eine gewaltige runde Brille einen von der Zensur geächteten „Kreuzzeitungs“-Artikel des Herrn v. Heydebrand und verhilft ihm so zu der unerwünschten Verbreitung weithin durchs Reich, die sich denken läßt. Dr. Hirsch aber beizt sich, auf demselben Wege der bekannten Entschlebung des nationalliberalen Parteivorstandes wie einer Eingabe des Reichsverbandes der Presse Ungezogenheit zu sichern, die durch die Aufnahme in den Verhandlungsbericht des Reichstags gewährleistet ist. Man erfährt, daß man gut tut, in Telegrammen Leute, die Lange heißen, nicht zu erwähnen, weil das die Drahtung geheimer politischer Bedeutung verdächtig macht und so ihre Beförderung verzögert.

Der Freikonservative Merkin bittet dringend, sich doch nicht fortgesetzt auf den Standpunkt stellen zu wollen, was Dietrich Schärer recht sei, sei Liebstecht billig. Das geschieht wiederholt von den Vätern des Bundesrats aus, z. B. durch Ministerialdirektor Lewald. Gerade als ob nicht eben zu dem Zweck Vertrauensbefugnisse in die Hand der Reichsleitung gelegt wären, um in diesen Dingen zu unterscheiden. Es ist ein böser Tag für die Herren dort oben; was sie zur Verteidigung der Regierungspraxis vorbringen, ist von so geringer Stofkraft, daß darauf einzugehen auch an dieser Stelle nicht lohnt. Man lese den Bericht. Dem entspricht die Aufnahme durch das Haus. Als Staatssekretär v. Jagow sich erhebt, ertönt von allen Seiten ein gereiztes „Lauter! Lauter!“ Das ist die einzige Rundgebung des Interesses während und nach seiner Rede. Als Staatssekretär Dr. Helfferich geendet hat, ruft jemand Bravo. Einer, Dr. Helfferich spricht niedersinken, ägernd, stöckend, wie es sonst gar nicht seine Art ist. Man merkt ihm an, daß es ihm in seiner Rolle heute nicht wohl ist. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß er zwar die beanstandete Praxis der politischen Zensur nahezu bedingungslos verteidigt, dann aber bei Schluß seiner Rede der unter den toben vorfindenden Gesichtspunkten nur schwer vertretbaren Hoffnung Ausdruck gibt, man werde „auf diesem Wege“ schließlich doch zu ihrem Abbau kommen. Was ja allerdings auch wohl so oder so schließlich der Fall sein wird. Ministerialdirektor Lewald redet mehr als die Staatssekretäre, doch noch weniger glücklich. Seine kühne Behauptung, nur ein Zehntausendstel der deutschen Presse stehe unter Präventivzensur, erregt als rechnerische Fiktion wahrnehmbares Erstaunen; was heißt ein Zehntausendstel der Presse? Und sein Versuch, den Abgang der Zensurdebotte in der französischen Kammer als beweiskräftiges Beispiel für die Ordnungsmäßigkeit des Verhaltens der deutschen Regierung heranzuziehen, macht keinen Eindruck. Ein der Stellungnahme des deutschen Reichstags entsprechendes Votum würde Herrn Briand fortblafen.

Den Beschluß des Tages machte eine endlose Brandrede des Ultragenossen Dittmann. Er wettet gegen Militärdiktatur und Militärschulismus und fordert den Reichstag auf, nur ernst zu machen und durchzusetzen, was er für nötig halte. Das deutsche Volk stehe hinter ihm, und die Regierung sei dormalen der großen Vorlagen wegen mehr denn je auf ihn angewiesen. Ministerialdirektor Dr. Lewald wird sehr ungehalten und entrüstet sich über den Erpreßversuch. Doch das Haus geht still auseinander. Reich Dittmanns Vorschläge arbeiten wird es ja wohl nicht. Aber immerhin könnte man ja mit der Regierung bis Dienstag ein Wort im Vertrauen sprechen.

54. Sitzung, Donnerstag, den 25. Mai 1916.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Lewald.
Präsident Dr. Koempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Die Zensur. (Zweiter Tag.)

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Vertel (konf.): Man soll die kommandierenden Generale nicht in Bausch und Bogen verurteilen. Sie

haben dort mit großer Entschiedenheit eingegriffen, wo die Herren von den Verbündeten Regierungen über die bürokratischen Bedenken nicht hinwegkamen. (Beifall.) Ich erinnere an die prächtige Verordnung gegen den Unfug, den gewisse Weiber mit ihrer Modelleidung getrieben haben. (Lebhafte Beifall.) Wir danken für die Entfernung der fremdsprachlichen Bezeichnungen aus den Firmenschildern. Das genügt aber nicht, auch in hohen und höchsten Kreisen sollte man hier dem Volke ein gutes Beispiel geben. (Sehr richtig!) Ich begrüße einen Erlaß eines kommandierenden Generals in Bayern, der bestimmt, daß postlagernde Briefe nur gegen Ausweiskarten abgeliefert werden. Damit wird dem Unfug gesteuert, daß unreife Jungen und Mädchen postlagernden Briefverkehr haben. Eine Entschlebung will das Verbot einer Zeitung nur zulassen, wenn der Reichstanzler zustimmt. Ein solches Verbot ist außerordentlich schwerwiegend. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat ihre beiden Verbote nicht zu ihrem Nachteil überstanden. (Heiterkeit.) Kleinere Blätter würden aber in ihrer Existenz gefährdet werden. Ob damit viel geholt wird, daß der Reichstanzler entscheiden soll, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob das der „Deutschen Tageszeitung“ etwas genützt haben würde. (Heiterkeit.) Von ganzem Herzen unterschreibe ich die Worte des Abgeordneten Pfleger, der es festnagelt, daß eine Ortsgruppe des Evangelischen Bundes sich nicht scheut hat, gegen den Katholizismus und gegen den sogenannten Ultramontanismus Vorwürfe zu erheben, die an sich unbedeutend und in dieser Kriegszeit ganz unangebracht sind. Ich verurteile diese Entgleisung sehr scharf und mißbillige sie entschieden. (Beifall im Zentrum.) Legen Sie aber diese Entgleisung nicht der evangelischen Kirche zur Last. Von allen meinen Freunden wird die Entgleisung scharf gerügt. Der Evangelische Bund selbst mißbilligt sie. Wer den Kampf zwischen den Bekenntnissen entsacht, der veründigt sich nicht nur an seinem eigenen Bekenntnis, sondern an ganzen Vaterlande. (Beifall im Zentrum und rechts.) Ich muß wahrheitsgemäß feststellen, daß auf katholischer Seite ähnliche Entgleisungen nicht vorgekommen sind. Eine bedenkliche Anzeige einer katholischen Schrift über unseren Luther wurde von Herrn Erzberger entschieden zurückgewiesen. Dafür sagen wir ihm herzlichen Dank. (Beifall.)

Eingabe des Berliner Prof. Schaefer

zum U-Bootskrieg. Dieser Eingriff in das tatsächlich vorhandene Eingaberecht geht über das Maß dessen, was wir uns gefallen lassen dürfen, weit hinaus. (Zustimmung.) Prof. Schaefer tritt mit vollem Herzen für sein Vaterland ein, er hat zwar mit scharfen Worten, aber in der Form niemals fehlend, seiner Gesinnungsgenossen Wünsche über die Ausübung des Unterseebootskrieges geäußert. Die Bittschrift wurde in geschlossenem Briefumschlag verteilt. Darauf hat man ihn und den Verteiler unter Briefsperrung gestellt. Das dürfen wir uns nicht bieten lassen. Ich bitte, die Bittschrift, die sich mit dieser Bittschrift befaßt, dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. (Beifall.)

Der vom Abg. Viehsing vorgetragene Fall eines Greifswalder Blattes hat anders gelegen. Wegen Verstöße gegen die Anordnung über Wahrung des Burgfriedens ist es verboten worden. Der Verleger hat die Entlassung des Schriftleiters angeboten, als Zeichen dafür, daß er künftig Verstöße nicht mehr durchlassen werde. (Zuruf des Abg. Gothein (Fortschr. Bp.): Umgekehrt!) Es kommt noch mehr, Herr Gothein, Sie können Ihre Entrüstung nachher zusammenfassen. (Heiterkeit.) In dem Stettiner Fall hat der Abgeordnete Müller-Meinungen einen gegen den Burgfrieden verstoßenden Aufsatz veröffentlicht, den er selbst preisgegeben hat. Darauf erfolgte eine Verwarnung. Dann erschien ein Artikel des Abg. Gothein, worin sich der Satz befand: „Es wäre doch beschämend, wenn wir uns von den Engländern sagen lassen müßten, die Deutschen opfern lieber ihr Leben, als ihr Portemonnaie.“ Dieser an sich schon mißverständliche Satz wirkt im Zusammenhang wie ein grober Verstoß gegen den Burgfrieden. (Widerpruch bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Der Schriftleiter wurde nun ersucht, Zuschriften der beiden Abgeordneten vor Abdruck den kommandierenden Generalen vorzulegen. Das ist sehr peinlich. (Widerpruch bei den Fortschrittlichen.) Nicht? Dann nehme ich es zurück. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist in einem ähnlichen Fall veranlaßt worden, Beiträge eines verehrten, bekannten Mitarbeiters vorprüfen zu lassen und hat es hingenommen, ohne Stand zu machen.

Mit der militärischen Zensur im engern Sinne kann die Presse zurecht sein. Eine politische Vorzensur gibt es ja eigentlich nicht, aber wie leicht läßt sich jede politische Frage zu einer militärischen umstempeln und umstricken! Wenn eine Sache brenzlich wird, kommt die Anweisung, sie als militärische Angelegenheit zu betrachten.

Daß die

Kriegsziele

nach 22 Monaten des Krieges noch nicht erörtert werden dürfen, ist Ihnen bekannt. Nehmen Sie mir es übel, wenn ich daran zweifle, daß die Zeit der Freigabe während des Krieges überhaupt noch kommt. (Zustimmung.) Jetzt werden Kriegszielerörterungen auch dann nicht mehr zugelassen, wenn sie in vertraulichen Denkschriften in geschlossenem Briefumschlag verteilt werden. Ich nenne nur den Namen Claß. Auch bei mir hat Hausdurchsuchung stattgefunden, weil ich in den Besitz der Flugchrift gekommen war. In Chemnitz hat ein nationaler Ausschuss in seinem Jahresbericht die Kriegsziele geteilt. Der Bericht wurde beschlagnahmt. In derselben Stadt durfte aber ein Blatt ruhig über eine Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens schreiben, ohne gemahngelagt zu werden. Manche Blätter scheinen weit freier zu sein als wir von der Rechten. Ich habe hier einen kurzen Artikel des Abg. v. Heydebrand. Er ist in der „Kreuzzeitung“ erschienen, und es wurde verboten, diesen Artikel nachzudrucken. Hat der Herr Präsident etwas dagegen, daß ich den Artikel verlese? (Heiterkeit.) — Der Präsident erhebt keinen Einspruch.) Der Redner verliest den Artikel, in dem erklärt wird, daß Amerika den Krieg verlängert habe (Zustimmung); der Artikel wendet sich gegen die Scheinheiligkeit Amerikas (Zustimmung) und erklärt: Man hätte mit den Amerikanern von Anfang an eine Sprache führen müssen, die unserer Stärke entspricht! (Lebh. Beifall rechts, im Zentrum und bei d. Nationalliberalen.) Wer verliert es, daß das Auswärtige Amt die Weiterverbreitung und Besprechung dieses Artikels verboten hat? (Hört, hört!) Herr v. Jagow ist ja jetzt erschienen, wir bitten um Auskunft! Man hat sich nicht nur mit Verböten begnügt, sondern auch Anweisungen gegeben, wie diese Frage und jene behandelt werden solle. Diese waren lehrhaft und — unangebracht! So war es nach der Rede des Reichstanzlers und bei der Veröffentlichung der Antworten auf die

amerikanische Unverschämtheit!

(Beifall.) Das ist doch etwas Bedenklich. Ein anständiger Mensch sollte eigentlich ganz schweigen in solchem Falle! (Zuruf links: „So schweigen Sie doch auch!“) Ich schweige in meinem Blatt leichter in sieben Sprachen, das müßten die Herren doch merken! (Heiterkeit.) Sollen unsere Kämpfer nichts darüber lesen dürfen, wofür sie ihre Blutopfer bringen? Hunderte von Zuschriften habe ich aus dem Felde bekommen, die darüber

Klage führen. Das ist nicht das Schweigen der Stärke, sondern die unheimliche Stille dumpfen Druckes. Hat es die Feinde dem Frieden geneigter gemacht?, die „Neutralen“ uns wohlwollender? Nein!

Auch wir sehnen uns nach dem Frieden, aber nur nach einem solchen, der uns auf lange hinaus sichert (Zustimmung), und der den gebrachten Opfern entspricht. Einen faulen, vorzeitigen Frieden wünschen wir nicht. (Zustimmung.) Einer der türkischen Abgeordneten hat gestern gesagt: Wir haben nicht den Frieden, sondern den Sieg im Auge. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen den Frieden nur durch den Sieg. (Beifall.) Keine Waffen wollen wir uns entwenden lassen. (Beifall.) Kein Vermittler soll uns den Siegespreis irgendwie betrügen. (Beifall.) Das Volk hat ein Recht dazu, sich zu einem solchen feighaften Frieden zu bekennen. Dies Recht soll ihm nicht verweigert, sondern wiedergegeben werden, wie es das Volk verlangt. (Stürmischer Beifall.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow:

Der Vordrner hat den Aufsatz der „Kreuzzeitung“ vom 29. April d. J. berührt. Die leitenden Stellen waren sich damals darüber einig geworden, daß die schwebenden Verhandlungen mit Amerika nicht durch heftige Presseäußerungen gestört werden sollten, besonders nicht in einem Augenblick, wo die Entscheidung noch nicht gefallen war. In jenem Moment erschien der Artikel der „Kreuzzeitung“. Es ist wohl nicht fraglich, daß die Verbreitung eines aus so temperamentvoller und so angesehener Feder stammenden Artikels, wie derjenige der „Kreuzzeitung“, geeignet war, eine große Erregung in der öffentlichen Meinung herbeizuführen und die Verhandlungen zu erschweren.

Die auswärtige Politik steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kriegführung. Beide müssen zusammenwirken. Es liegt auch im Wesen der Presseaufsicht, daß sie der ausführenden Stelle, die die Verantwortung für die Durchführung der Politik trägt, ein Mittel bietet, in kritischen Momenten eine Durchkreuzung dieser Politik durch heftige Presseartikel und die daraus sich natürlich ergebende Erregung zu verhindern. Daher glaube ich, daß das Auswärtige Amt durchaus berechtigt war, die Maßnahme, die Ihnen bekannt ist, zu beantragen. Ich übernehme die volle Verantwortung dafür.

Die Einwirkung des Auswärtigen Amtes hat sich darauf beschränkt, störende Artikel in kritischen Momenten zu verhindern. Der auch weiter besprochene Artikel der „Zukunft“ ist in einem Moment erschienen, wo er keinen entscheidenden Einfluß mehr ausüben konnte. (Heiterkeit.) Vom Standpunkt meines Ressorts aus lag daher kein Grund vor, gegen diesen Artikel noch irgendwelche Maßnahmen zu beantragen.

Abg. Hirsch-Essen (M.): Von einer Aufhebung des Belagerungszustandes kann nicht die Rede sein. Die Handhabung der Versammlungsfreiheit, der Zensur und der Schughalt aber müssen in den gebotenen Grenzen bleiben. Auf die Rechtslage will ich nicht eingehen, weil sie schon genügend erörtert worden ist. Wir haben die Briefzensur; die Telegramme stehen unter der Zensur; jeden Augenblick trifft man jemand, der in dieser Beziehung Erfahrungen gemacht hat, und es sind nicht gerade immer die Schlichtesten, die nach dieser Richtung hin Erfahrungen gemacht haben. Wenn es so weitergeht, dann, glaube ich, wird es bald zum Zeichen des anständigen Menschen gehören, daß er nach irgendeiner Richtung der Zensur untersteht. (Heiterkeit.) Man hat mich im Hause gefragt, wie man sich gegen diese Dinge nicht schützen kann. Am allgemeinen kann man sich gegen diese Dinge nicht schützen. Ich kann nur so viel sagen, daß, wenn man das Wort „Lang“ gebraucht, irgendeiner dann vermuteten Beziehung wegen das Telegramm entweder gar nicht oder sehr spät ankommt. (Heiterkeit.) Nach unsern Bestschlüssen in der Kommission soll die Zensur nur dafür sorgen, daß nichts geschieht, was unsere siegreiche Kriegführung beeinträchtigt; sie soll sich über das militärische Gebiet hinaus nicht erstrecken. Heute steht schlechtweg alles unter der Zensur, sozusagen alle Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Man tut doch wirklich gut, sich diesen Dingen entgegenzustellen, solange es Zeit ist. Die Zensur ist heute nach drillicher und nach sachlicher Richtung verschieden. Was in dem einen Bezirk erlaubt ist, ist in dem andern Bezirk noch lange nicht erlaubt. Es wäre doch vielleicht angezeigt, dafür zu sorgen, daß eine gewisse Gleichmäßigkeit Platz greift. (Sehr richtig!) Der Regierungskommissar hat in der Kommission gemeint, es gehöre nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, welcher Kampf aller gegen alle entstanden sein würde, wenn wir überhaupt keine Zensur gehabt hätten. Gewiß, viel Phantasie gehört dazu nicht. Aber daran hat die Kommission auch nicht gedacht, daß bei ihrem Beschluß derartiges überhaupt in Frage käme.

Nur auf militärische Angelegenheiten

will die Kommission die Zensur beschränkt haben. Vor allem wollen wir auch, daß durch die Zensur nicht die Freudigkeit des Durchhaltens in unserem Volke beeinträchtigt wird. Und vor allem soll nicht infolge der Zensur im Auslande, auch im neutralen Auslande, die Ansicht aufkommen können, daß dem deutschen Michel alles, aber auch schlechtweg alles geboten und angetan werden könnte, trotz seiner im Verlauf des Feldzuges immer wieder betägten siegreichen Stärke. Das ist auch notwendig gegenüber dieser oder jener neutralen, in Wirklichkeit aber

blutbedeckten Hand,

die aus schneider Gewinn sucht zur Verlängerung des Krieges und des gegenseitigen Mordens der Völker nach Kräften beigetragen hat, wie sie nur irgendwie beitragen konnte, und die nun, wenn es einmal zu Friedensverhandlungen kommen sollte, bereit sein will, mitzuwirken. Daß wir uns das alle miteinander nicht bloß bezüglich einer Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten, sondern auch nach außen hin ohne Rücksicht darauf, wie wir hier sonst zu einander oder auch zu den Kriegszielen stehen, verbitten würden, und daß auch die Regierung sich das verbitten würde, darüber besteht ja gar kein Zweifel! Undernfalls würde das Wort auf uns passen: nur die allergrößten Räuber wählen ihre Wegher selber! Solchen Wünschen und Bestrebungen wird aber Vorbehalt geleistet, wenn man die öffentliche Meinung über derartige, nicht nur außerordentlich dreiste, sondern auch die Interessen des deutschen Volkes in schwerster Weise bedrohende Annahmen nicht deutlicher zum Ausdruck kommen läßt. — Ich für meine Person würde gar keine Bedenken tragen, mich auf den Boden des freijüngigen Reichstags zu stellen. Daß man Anträge von Parteien im Reichstag zensuriert hat, ist ein starkes Stück der Mißachtung des Reichstages, wogegen wir Verwahrung einlegen müssen. Wenn man das Petitionsrecht so auffaßt, wie man es im Falle des Prof. Dietrich Schaefer getan hat, so wird daraus ein Petitionsrecht von Regierungs Gnaden. (Sehr richtig!) Was soll da werden, wenn einmal die Erörterung der Friedensbedingungen freigegeben werden wird. Im preussischen Abgeordnetenhause ist ausführlich vorgetragen worden, daß selbst Reden des Kaisers torrigiert und zensuriert wurden. Der Redner gibt die Hauptpunkte wieder und trägt auch eine Eingabe des Reichsverbandes der deutschen Presse vor, die sich gegen die Verquickung der politischen mit der militärischen Zensur wendet. Jedes Wort dieser Eingabe kann man unter-